

<b>Zeitschrift:</b>	Curaviva : Fachzeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
<b>Band:</b>	77 (2006)
<b>Heft:</b>	6
<b>Artikel:</b>	Die unterschiedlichen Tarifstrukturen geben im Kanton Aargau Anlass zu heftigen Diskussionen : "Der Vorstand hat die Heime nicht bestrafen wollen"
<b>Autor:</b>	Hansen, Robert
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-803927">https://doi.org/10.5169/seals-803927</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 07.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Die unterschiedlichen Tarifstrukturen geben im Kanton Aargau Anlass zu heftigen Diskussionen

# «Der Vorstand hat die Heime nicht bestrafen wollen»

■ Robert Hansen

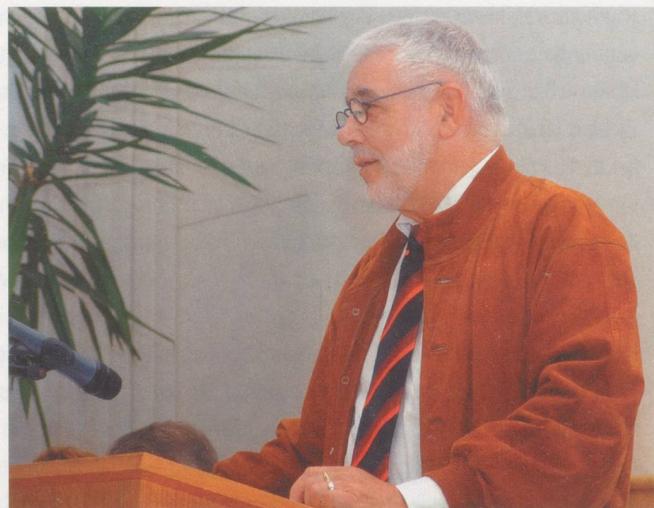
**Sechs aargauische Altersheime wehren sich gegen einen Regierungsratsentscheid. Sie hatten ihre Betriebsdaten nicht rechtzeitig eingereicht – ihre Pensionäre erhalten von der Krankenkasse nun tiefere Rückerstattungen. Bisher konnte der Anwalt für seine Mandanten keine besseren Tarife aushandeln.**

Über eine «unglückselige Listenzuteilung» sprach Kurt Fuhrer, der ehemalige Leiter vom Altersheim Im Zopf in Oberentenfelden, und wollte an der Jahresversammlung der Sektion Aargauer Alterseinrichtungen von Präsident Heinz Lütold Auskunft darüber, wie sich der Vorstand zu den verschiedenen «Heimkategorien» stelle. «Wir können uns mit dem Resultat nicht einverstanden erklären».

Zur Vorgeschichte: Im Jahr 2004 forderte der Verband seine Mitglieder auf, die Betriebsdaten 2003 der Institutionen bis April einzureichen. Damit wollte der Verband ein Benchmarking anfertigen und die Heime mit Hilfe des Zahlenmaterials vergleichen. 14 der 66 Mitgliedsheime, welche auf der Pflegeheimliste des Kantons figurieren, kamen dieser Aufforderung jedoch nicht nach. Zur selben Zeit kündigte die Sektion Aargauer Alterseinrichtungen den Tarifvertrag mit santésuisse auf Ende 2004, da die Rahmentarife nur die Hälfte der effektiven Kosten deckten. Eine neue Einigung kam aber nicht zustande.

Präsident Heinz Lütold an der Jahresversammlung der Sektion Aargauer Alterseinrichtungen.

Foto: roh



Deshalb entschied gemäss Festsetzungsverfahren im Krankenversicherungsgesetz der Regierungsrat am 16. November über die Tarife – und bevorzugte jene Heime, die ihre Zahlen fristgerecht eingereicht hatten. Rückwirkend auf Anfang 2005 wurden so zwei unterschiedliche Tarifstrukturen eingeführt. So erhalten die Senioren jener Heime, die kein Zahlenmaterial abgeliefert haben, von ihrer Krankenkasse eine um täglich fünf bis zehn Franken tiefere Rückerstattung.

## Verletzende Worte

Nicht nur der für diesen Entscheid verantwortliche Regierungsrat erntete von den betroffenen Heimen scharfe Kritik: «In diesem Zusammenhang haben einige Heimleiter und Heime den Vorstand in verletzender Weise angegriffen. Wir bedauern, dass die Heimverantwortlichen die Probleme

nicht auf einer emotionslosen sachlichen Ebene diskutieren können», sagte Heinz Lütold. «Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, man möge sich am Benchmarking beteiligen. 2004 habe ich persönlich dazu aufgerufen und machte damals die Aussage, dass es in Zukunft sein könnte, dass man unterschiedliche Tarife festsetzt. Dass der Regierungsrat meine Andeutung so schnell in die Tat umsetzt, hätte ich nicht erwartet. Ich möchte klar sagen: wir haben in keiner Art und Weise beim Regierungsrat interveniert, dass ein solches Splitting gemacht wird. Der Vorstand ist aber dem Regierungsrat dankbar, dass er diesen Entscheid gefällt hat», so Lütold. Er fände es schade, dass die Heimleiter erst etwas unternehmen, wenn es ans «Eingemachte» gehe, bedauerte Lütold. Er liess sich aber nicht vorwerfen, dies sei eine Strafaktion des Verbandes: «Der Vorstand hat mit santésuisse Rücksprache

che genommen und angefragt, ob es möglich sei, die Tarife für jene sechs Heime anzupassen, die die Zahlen für das Benchmark 2004 bis Mitte 2005 termingerecht abgeliefert haben. Wir haben im Moment noch keine definitive Antwort, ein erster Entwurf hat aber gezeigt, dass santésuisse nicht bereit ist, auf diesen Vorschlag einzugehen», so Lütold. Mit santésuisse verhandelt der Vorstand weiter. Eine Einigung wurde Ende Mai noch nicht erzielt.

Mit diesen Ausführungen war Kurt Fuhrer nicht einverstanden: «Wir empfinden diese Übung als Strafaktion. Der Vorstand kann die Ansicht vertreten, die Heimleiter strafen zu wollen. Wenn er aber 700 Pensionäre strafft, ist das nicht vertretbar», so Fuhrer. Gemäss Artikel 2 der Statuten müsste sich der Vorstand für alle Heime und alle Pensionäre engagieren. «Wir sind effektiv in die Ecke gedrängt worden, wir konnten gar nicht mehr reagieren. Das Beschwerderecht war verwirkt. Wir fühlen uns nicht ernst genommen und nicht fachgerecht vertreten. Wir glauben auch nicht, dass der Regierungsrat diese Liste erfunden hat. Diese hat der Vorstand ihm zugestellt», so Fuhrers Anschuldigung. Lütold antwortete: «Wir wurden vom Regierungsrat aufgefordert, eine Liste zu übergeben, wer am Benchmark 2003 teilgenommen hat und wer nicht.» Auch Vizepräsident Otto Zeller verteidigte das Vorgehen des Vorstandes: «Es wird uns unterstellt, wir hätten Heime bestraft. Das stimmt so überhaupt nicht. Wir haben das nicht willkürlich gemacht. Wir wussten nicht, was der Regierungsrat mit dieser Liste macht. Das sind die Fakten und alles Andere sind Unterstellungen.»

### Einsichtige Heimleiter

«Wir wollen in Rapperswil alles dafür tun, dass wir die Zahlen termingerecht liefern. Wir haben Fehler gemacht, und

zu denen stehen wir», sagte Michael Hunziker vom Länzerthuus in Rapperswil. «Aber: Zahlen liefern ist das eine. Ich weiss, wie schnell man eine solche Exceltabelle ausgefüllt hat. Mir fehlt eine Aussage, ob die Zahlen auch stimmen, die dort stehen. Der Vorstand muss dafür besorgt sein, ein seriöses Kontrollinstrument einzuführen.» Daran sei der Vorstand, sagte Lütold. «Aber der Regierungsrat hat nicht gefragt, ob diese Zahlen stimmen. Er wollte einzig wissen, wer am Benchmark 2003 mitgemacht hat. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jene Heime, welche die Zahlen 2004 abgeliefert haben, den Vertrag 2006 anwenden können. Das ist unser Beweggrund für neue Verhandlungen mit santésuisse. Wir anerkennen, dass sechs Heime neu am Benchmark 2004 mitgemacht haben. Doch nochmals: Wir haben seit drei Jahren immer wieder darauf hingewiesen, sich daran zu beteiligen.»

### Anwalt eingeschaltet

Für die Tarife 2006 hat santésuisse die Listen aus dem Vorjahr übernommen. Eigentliche Vertragsverhandlungen haben nicht stattgefunden. Sechs Heime – eines davon gehört dem Verband nicht an – wollten diese Regelung nicht akzeptieren und schalteten einen Anwalt ein. Der wurde beauftragt, neue Vertragsverhandlungen für die Jahre 2005 und 2006 zu führen. Santésuisse antwortete am 13. April jedoch, darauf nicht einzutreten. Der Vertrag 2006 sei mit dem Verband Curaviva bereits abgeschlossen und liege bei der Regierung zur Genehmigung vor, so die Argumentation.

Urs Niffeler vom Alterszentrum Rondo in Safenwil wollte wissen, was der Vorstand denn vom Vorgehen mit dem Anwalt hält: «Unterstützt uns der Vorstand? Ich spüre eher, dass es dem Vorstand recht ist, dass dies passiert ist. Aber es geht hier effektiv nicht um

uns Heimleiter, sondern vielmehr um unsere Pensionäre», betonte Niffeler. «Ich habe schon ausgeführt, dass wir versuchen werden, die Heime auf die Liste 2006 zu bringen. Der Vertrag ist abgeschlossen, aber wir werden uns wie erwähnt nochmals mit santésuisse darum bemühen, den Vertrag nachzuverhandeln. Wir tun unser Möglichstes», antwortete Lütold und ergänzte: «Der Vertrag 2007 wird für jene gelten, welche die Zahlen 2005 fristgerecht abgegeben haben.» Die Benchmarkstatistik sei ein willkürliches Kriterium, kritisierte Niffeler: «Es wäre ja auch interessant zu vergleichen, welche Zahlen überhaupt geliefert worden sind.»

«Wir alle haben Gründe, weshalb wir die Zahlen nicht liefern konnten. Der Vorstand war enttäuscht von der Haltung der Mitglieder. Das versteh ich. Aber auch die Heimleiter waren enttäuscht, weil sie zu wenig ernst genommen wurden», richtete Helmuth Wyss vom Altersheim Steinfeld in Suhr seine Worte an die Adresse des Vorstandes. «Das Emotionale muss nun raus. Hier geht es um die Sache. Das wollen wir in Zukunft deutlicher erleben.» Mit Stefan Gerschwiler vom Altersheim St. Martin in Boswil meldete sich schliesslich ein Vertreter zu Wort, dessen Institution nicht betroffen ist: «Jedes Heim darf Fehler machen. Es ist schlecht, wenn es plötzlich ohne Verwarnung zwei Kategorien Heime gibt.»

«Wir haben uns für die Heime eingesetzt. Aber es gibt Gesetze und Fristen, die eingehalten werden müssen. Das sind Rechtsentscheide, die wir akzeptieren müssen», schloss Heinz Lütold seine Ausführungen zu diesem Thema. Die relevanten Zahlen mussten wiederum bis am 31. März der Geschäftsstelle abgegebenen werden. 11 Kleinstheime nehmen mit tieferen Tarifen vorlieb und haben sich am Benchmarking nicht beteiligt. ■